

Ergebnisse des Workshops Nr. 3: „Welche Chancen bieten Gemeindefusionen?“

1) Probleme, die mit Gemeindefusionen gelöst werden

- Fusionen von kleinen und mittleren Gemeinden bringen deren Grösse besser in Einklang mit den grösser und komplexer gewordenen Aufgaben. Zahlreiche interkommunale Zweckverbände werden aufgelöst. Dies stärkt die demokratische Mitwirkung.
- Fusionen kleiner und mittlerer Gemeinden führen zu einer professionelleren Verwaltung und besseren Dienstleistungen.
- Gewisse Probleme stellen sich auf der Ebene grösserer Gemeinden gar nicht mehr (z.B. weil nicht mehr jedes Dorf alle Arten von Nutzungszonen braucht).
- Bei der Fusion ist das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Identität (Name des Heimatorts im Pass, Dorfvereine, etc.) und nach örtlicher Nähe (Gemeindeschalter etc.) zu beachten.

2) Probleme, die mit Gemeindefusionen nicht gelöst werden

- Es wird – entgegen der Erwartungen - nicht einfacher, Behördemitglieder zu rekrutieren. Zwar sind weniger Ämter zu besetzen, doch steigen in grösseren Gemeinden die Anforderungen an die Amtsinhaber. Auch bessere Entschädigungen lösen das Problem nicht.
- Die politische Partizipation ist in grösseren Gemeinden geringer (dies gilt allerdings auch für nicht fusionierte Gemeinden).
- Demokratiepoltische Probleme werden nicht gelöst: Der Massstab der Fusionen ist zu klein, damit die Bürgerinnen und Bürger wirklich dort mitbestimmen können, wo sie betroffen sind.

3) Thesen für die künftige Entwicklung

- Wer einmal fusioniert hat, will nicht zurück, sondern ist eher bereit zu weiteren Fusionen. Es wird mehr Fusionen mit mehr beteiligten Gemeinden geben, sowohl im ländlichen Raum als auch in den Agglomerationen.
- Grössere und stärkere Gemeinden können zusätzliche Aufgaben übernehmen. Kantone brauchen weniger Staatsangestellte (die aber bei den Gemeinden Arbeit finden).
- Für die Kantone kann es attraktiv sein, auf Gemeindeebene weniger und kompetentere Partner zu haben. Diese können allerdings auch selbstbewusster und unbequemer sein.
- Eine optimale Gemeindegrösse lässt sich angesichts der unterschiedlichen Dimension der verschiedenen Aufgaben nicht definieren. Gemeinden von 10'000 Einwohnern wurden aber als Minimum genannt.
- In der Regel bestimmen die Kantone massgeblich, in welchem Ausmass es zu Fusionen kommt (Finanzausgleichsmodell, direkte finanzielle Anreize, etc.).
- Der Bund könnte/sollte Gemeindefusionen fördern. Bisher fühlt er sich überhaupt nicht betroffen.

- Die Menschen identifizieren sich gerne mit ihrer kleinen Gemeinde oder dann gleich mit einer richtigen Stadt. Das kann Fusionen zwischen urbanen Zentren und angrenzenden Gemeinden erleichtern.